



Pressemitteilung

Pressereferat

der Landeshauptstadt Wiesbaden
Schlossplatz 6 · 65183 Wiesbaden
E-Mail: pressereferat@wiesbaden.de
<http://www.wiesbaden.de/presse>

23. März 2017

Gesundheit, Homepage

Umfrage zur Situation der Wiesbadener Hebammen diskutiert

Die Ergebnisse einer Umfrage zur Situation der Wiesbadener Hebammen standen im Mittelpunkt des zweiten Runden Tisches Hebammen am Mittwoch, 22. März, zu dem Gesundheitsdezernent Axel Imholz zusammen mit dem Gesundheitsamt eingeladen hatte.

Vertreterinnen der freiberuflich und im angestellten Verhältnis tätigen Hebammen, Ärzte aus den Geburtskliniken und Fachärztevertreter sowie Politik diskutierten auf der Grundlage einer statistischen Abfrage bei den in Wiesbaden tätigen Hebammen. Das Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik (Dr. Ersin Özsohn) hat diese konzipiert und durchgeführt. Fachlich begleitet von der Sprecherin des Hebammenverbandes Wiesbaden (Judith Jeron) und der Leiterin des Gesundheitsamtes (Dr. Kaschlin Butt).

Es wurden 60 als freiberuflich tätig registrierte Hebammen angeschrieben, von denen 35 den Fragebogen ausgefüllt und zurückgesendet haben. Das entspricht einem Rücklauf von 58 Prozent. Die Adressaten stammen aus der Berufskartei, die das Gesundheitsamt im Rahmen seiner Berufsaufsicht führt. Danach sind alle freiberuflich tätigen Hebammen und Entbindungspfleger/-innen verpflichtet, den Beginn und das Ende ihrer freiberuflichen Tätigkeit dem Gesundheitsamt mitzuteilen. Weit über die Hälfte – 60 Prozent - der Befragten gab an, parallel zur freiberuflichen Tätigkeit in einem festen Teilzeit-Arbeitsverhältnis zu stehen. Durchschnittlich arbeiten sie etwa 20 Stunden pro Woche als

freiberufliche Hebamme. Die Hebammen geben an, dass sie im Jahr 2016 insgesamt etwa 1200 Mütter nach der Entbindung betreut haben. Bezogen auf die Zahl der Geburten 2016 sind demnach etwa 38 Prozent der Mütter von freiberuflich tätigen Hebammen betreut worden. Die Quote der betreuten Schwangeren ist leicht niedriger.

Hausgeburten oder Leistungen als Beleghebamme werden in Wiesbaden von den freiberuflich tätigen Hebammen nicht angeboten. Das liegt daran, dass die Wiesbadener Kliniken keine Belegbeten zur Verfügung stellen und daran, dass das Angebot von Hausgeburten für Hebammen mit unterschiedlichen Belastungen einhergeht. Genannt wurden die hohen Haftpflichtbeiträge, die Unvereinbarkeit der Rufbereitschaft mit dem eigenen Familienleben und einer festen Teilzeitbeschäftigung sowie der geringen Vergütung der Hausgeburten durch die Versicherungsträger. Einige wenige Hebammen führten auch eine prinzipielle Ablehnung an.

Der Großteil der befragten freiberuflich tätigen Hebammen in Wiesbaden ist mit der Einkommenssituation unzufrieden: 57 Prozent der Befragten beurteilen ihr Einkommen als „sehr schlecht“, bzw. „schlecht“. Als „gut“ beurteilt lediglich ein sehr geringer Teil der Hebammen (6Prozent) ihre Einkommenssituation. Die übrigen Nennungen entfallen auf die Antwortoption „teils /teils“. Die Belastung der freiberuflich tätigen Hebammen in Wiesbaden durch die Haftpflichtversicherung liegt durchschnittlich bei etwas über 600 Euro - wobei 58 Prozent der Befragten angeben, dass ihr Versicherungsbeitrag zwischen 300 Euro und einschließlich 500 Euro liegt. Weitere 27 Prozent zahlen einen Beitrag bis zu 800 Euro.

Die Hebammen wurden gefragt, welche Art der Unterstützung sie sich von der Stadt Wiesbaden wünschen. Mehrheitlich wurde die finanzielle Unterstützung bei der Haftpflichtversicherung genannt und eine kostenlose Parkerlaubnis (Sozialparkausweis) angeregt. Ferner wurde um politische Unterstützung der Hebammen gebeten und die kostenlose Bereitstellung von Räumlichkeiten gefordert. Unterstützung wünschen sich einige wenige Hebammen auch in der zentralen Organisation der Hebammenvermittlung. Diskutiert wurden die unterschiedlichen Angebote, Strukturen und Versorgungsmöglichkeiten aus Sicht der Betroffenen. Hier wurde von Seiten der Hebammen hervorgehoben, dass Ihre Versorgungsleistungen sich durch aufsuchende Maßnahmen auszeichnen und sie diese nicht durch Versorgungsstrukturen die dieses nicht gewährleisten können, ersetzt haben möchten. Die Attraktivität ihres Berufsstandes zu steigern ist den Hebammen ein großes Anliegen.

„Ziel ist“, so Gesundheitsdezernent Axel Imholz, „auf Grundlage der nun vorliegenden

Erkenntnisse, im kommunalen Einflussbereich liegende konkrete Unterstützungsangebote für die freiberuflich tätigen Hebammen zu entwickeln.“ Hierfür hat die Kooperation im Rathaus, bestehend aus SPD, CDU und Bündnis90/DIE GRÜNEN, auf seine Anregung hin vereinbart, einen Betrag von 30.000 Euro bereit zu stellen.

In Absprache mit dem Gesundheitsamt und dem Runden Tisch sollen mit diesem Betrag geeignete Hilfsangebote für die freiberuflich tätigen Hebammen in Wiesbaden realisiert werden. Erste Verabredungen wurden bereits getroffen. So werden die Themen Werbung für den Beruf der Hebammen in den Schulabgangs-Klassen und in den Abschlussklassen der Hebammenschule Wiesbaden angegangen. Hier sieht das Gesundheitsamt einen guten Ansatzpunkt, insbesondere die Ausbildungsbeenderinnen auf dem Weg in die Selbständigkeit zu unterstützen. Vorgespräche hierzu laufen bereits. Dieses Thema wird im nächsten Runden Tisch ein Schwerpunkt der Beratung sein wird. Aus fachlicher Sicht hält es die Leiterin des Gesundheitsamtes Dr. Kaschlin Butt für erforderlich, sich mit der Erbringung von Hebammenleistungen durch andere Professionen und Anbieter zu befassen. Hierbei geht es darum, einen Blick auf die gesamte Versorgungslage der betroffenen Frauen und Familien in Wiesbaden zu richten.

+++